

## **Zu Auswirkungen des GATS auf den Service Public der Schweiz**

Aktionstag Service Public vom 14. September 2007 in Liestal

Das grösste Problem und die grösste Gefahr die für den Service Public und die öffentlichen demokratischen Strukturen unseres Landes beim GATS bestehen, sind

1. fast niemand weiss, was GATS überhaupt ist und welche Auswirkungen es auf unser Land langfristig haben wird
2. die Vorgänge wie die Abkommen zustande kommen sind intransparent und ohne öffentlichen Meinungsbildungsprozess. WTO Verhandlungen haben ein grosses Demokratiedefizit, sie agieren nicht unter der UNO!

Was ist GATS?

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services) ist eine der wichtigsten Vereinbarungen, die gegenwärtig in der Welthandelsorganisation WTO neu verhandelt werden. Das GATS schafft die Grundlage für eine permanente Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs. Bei seiner Unterzeichnung 1995 verpflichteten sich die Staaten, es periodisch neu auszuhandeln, um den Liberalisierungsgrad zu erhöhen. Dabei sind alle Basisdienstleistungen, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig sind und zu denen alle freien Zugang haben müssen, vom GATS betroffen: Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Wasser, Transporte, öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Abfallbewirtschaftung, Tourismus, Freizeit, usw...

Das GATS gilt vom Bund über die Kantone bis zu den Gemeinden: es ist für alle Verwaltungsebenen verpflichtend. Kantone und Gemeinden sind also direkt betroffen. Das GATS stellt nämlich das Subsidiaritätsprinzip in Frage, indem es den lokalen Behörden die Möglichkeiten einschränkt, im Dienstleistungsbereich eine eigenständige Politik und Vergabe zu betreiben. Werden bei Basisdienstleistungen also Liberalisierungsverpflichtungen eingegangen, dann würde das WTO Schiedsgericht, welches über Schweizer Recht, Verfassung und Gesetzgeber steht, entscheiden ob staatliche Regeln GATS-konform sind oder nicht. Bund, Kantone und Gemeinden würden diese Dienstleistungen nicht mehr autonom verwalten und regulieren können.

Erstaunlich und entlarvend also, dass BR Blocher Einschränkungen von nationalen Gesetzen und Vorschriften im eigenen Land beklagt, sich gegen den „Steuervogt EU“ wehrt, der neoliberalen WTO aber Tür und Tor öffnet, um unsere Rechte und unsere Mitsprache auf allen Ebenen der Demokratie zu beschränken!

Zur Zeit hat die Schweiz in ihrem „Angebot“ der Verhandlungen, die hinter verschlossenen Türen in Genf stattfinden, folgende Dienstleistungen im Pool: Abwasser, Kehricht und die Lex Koller! Das Bankenwesen, die Versicherungen, der Transport und der Tourismus sind Bereiche, die bereits eine Liberalisierung erfahren haben, weil sie der Exportwirtschaft der Schweiz wichtig sind!

Wir müssen uns daher auf allen Ebenen unserer demokratischen Strukturen gegen diese heimliche, schleichende wirtschaftliche Liberalisierungswelle zur Wehr setzen. Auf Gemeindeebene mit einem Beitritt zur GATSFREIEN Zone, wie es heute weltweit schon über 1000 Gemeinden u. a. Grossstädte wie Paris, London, Zürich, Basel oder Hölstein oder Tenniken..... getan haben, auf kantonaler Ebene, in dem zu einem leistungsfähigen Service Public Sorge getragen wird (Kampf gegen die Freie Schulwahl-Initiative der Elternlobby) und auf Bundesebene, in dem wir unsere Mitsprache und Informationsmöglichkeiten bezüglich GATS unbedingt ausbauen müssen.

Und wir müssen für die Anerkennung und Durchsetzung unserer Gesetze kämpfen. Die Grünen haben sich beispielsweise von Anfang an gegen die Aufhebung der Lex Koller gewehrt und setzen sich mit der Landschaftsinitiative für eine klare verbindliche Raumplanung an. Das Beispiel Andermatt: wo ein halbes Dorf einem Oelprinzen verkauft wird, darf nicht Standard werden. Unsere Umweltschutzgesetze und unser Vorsorgeprinzip dürfen dem globalen Markt nicht preisgegeben werden. Unsere öffentlichen Dienste nicht zugunsten einer globalen „Einkaufsmentalität“. Gewinner sind immer nur einige wenige globale Player, Verlierer sind viele, wir alle, die für Demokratie und Nachhaltigkeit einstehen: ich stehe für eine nachhaltige Entwicklung ein: die unsere Regionen stärkt, die ökologisch, sozial und ökonomisch Sinn macht und die einen starken, modernen Service Public beinhaltet.